



Jahresbericht 2022/2023

Impressum

Herausgeberin

Autorinnen

Satz und Layout

Stand

Stadt Essen, Geschäftsbereich 3

Stephanie Schmuck, Ina Hennen

Anna Grote-Westrich, Ina Hennen

Oktober 2024

Vorwort des Oberbürgermeisters



Thomas Kufen (Foto: Ralf Schultheiß)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen den Jahresbericht des Kriminalpräventiven Rates Essen für den Zeitraum 2022/2023 zu präsentieren. Dieser Bericht dokumentiert einen ersten wichtigen Meilenstein in unseren Bemühungen, Essen zu einer sichereren Stadt zu machen.

In den vergangenen Jahren hat das Thema „Sicherheit“ auf allen gesellschaftlichen Ebenen massiv an Bedeutung gewonnen. Die Ursachen und das Verständnis dieses komplexen Themas sind dabei äußerst vielfältig. Als Reaktion darauf haben wir in Essen entschieden gehandelt und den Kriminalpräventiven Rat im Jahr 2022 grundlegend restrukturiert. Unser Ziel war es, ein zentrales Steuerungs- und Koordinierungsgremium für alle kommunalen Präventionsthemen und -maßnahmen zu etablieren.

Bei der Neugestaltung des Rates haben wir bewusst einen breiten Ansatz gewählt. Dies unterstreicht unsere Überzeugung, dass Kriminalprävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Die Struktur des Rates mit Lenkungsgruppe, wissenschaftlichem Beirat, Plenum und Fachgruppen spiegelt diesen inklusiven Ansatz wider. Als Oberbürgermeister habe ich die Leitung des Rates übernommen, denn wie das Deutsche Forum für Kriminalprävention treffend feststellt: „Kommunale Kriminalprävention ist Bürgermeisterpflicht“.

Unsere Ziele sind ambitioniert: Wir wollen Kräfte bündeln, die Vernetzung zwischen Verwaltung, privaten Trägern, Ordnungsbehörden und der Stadtgesellschaft stärken, ein friedliches Zusammenleben fördern, inklusive Maßnahmen implementieren und das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt nachhaltig verbessern.

Die Breite unseres Themenspektrums zeigt sich in den neu gegründeten Fachgruppen, die sich Themen von Senioren und Jugend bis hin zu Extremismus und städtebaulicher Kriminalprävention widmen. Gleichzeitig haben wir bestehende Strukturen wie das Aktionsbündnis Sicheres Altenessen eingebunden, um auf bewährten Erfahrungen aufzubauen. Wie Experten betonen, trägt die Heterogenität der Akteure dazu bei, Probleme besser wahrzunehmen und zu deuten, Synergieeffekte zu ermöglichen und kreative Lösungen zu fördern. Unser Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass Kriminalität am sinnvollsten dort bekämpft und verhindert werden kann, wo sie entsteht – in der Kommune selbst.

Der vorliegende Jahresbericht dokumentiert unsere ersten Schritte und Erfolge. Er zeigt, wie wir durch Kooperation und Zusammenarbeit einen Mehrwert schaffen, der allen Beteiligten nutzt und auf einem gemeinsamen Präventionsverständnis sowie geteilten Zielsetzungen beruht.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Kriminalpräventiven Rat ein wertvolles Instrument geschaffen haben, um die Sicherheit in Essen nachhaltig zu verbessern. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, unsere Stadt sicherer zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Thomas Kufen
Oberbürgermeister der Stadt Essen

Inhalt

Vorwort des Oberbürgermeisters	1
1 Einleitung	3
1.1 Kommunale Kriminalprävention	4
1.2 Interview mit Professorin Dr. Dorothee Dienstbühl	5
2 Der Kriminalpräventive Rat Essen	7
2.1 Ausgangslage	8
2.2 Das Konzept	8
2.3 Organisatorischer Aufbau	9
2.4 Zahlen, Daten, Fakten	11
3 Thematische Schwerpunkte im Plenum	12
3.1 Sicherheit und Kommunale Kriminalprävention am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart	13
Ordnungsbürgermeister a.D. Dr. Martin Schairer, Stuttgart (07.06.2022)	
3.2 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen	15
Christine Liermann, Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention (06.12.2022)	
3.3 Sicherheit und Sicherheitsgefühle im Bahnhofsumfeld verbessern	17
Dr. Tim Lukas, Bergische Universität Wuppertal (31.03.2023)	
3.4 Zuwanderung aus der Arabischen Republik Syrien, einem Land voller Gegensätze	18
Prof. Dr. Janet Kursawe, HSPV NRW (28.11.2023)	
4 Berichte aus den neuen Fachgruppen	20
4.1 Fachgruppe Senioren	21
4.2 Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention	23
4.3 Fachgruppe Extremismus/Radikalisierung	26
4.4 Fachgruppe Jugend	29
5 Ausblick	32

Einleitung

1

1 Einleitung

1.1 Kommunale Kriminalprävention

„Besondere Wirkung entfaltet die Kommunale Kriminalprävention dann, wenn die Identifizierung der Themen und Handlungsfelder auf der Grundlage von konkreten Daten, qualitativen Lagebildern und Situationsanalysen erfolgt, um die Aktivitätsbedarfe zu klären.“

(Kober et al. 2018, S. 737)

„Unter Kommunalen Kriminalprävention versteht man lokale Bemühungen von Kommune, Polizei und Bürgerschaft, das Ausmaß der Kriminalität zu vermindern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern.“

(Hermann/Dölling 2018, S. 710)

„Das Gelingen langfristig wirksamer kommunaler Präventionsarbeit braucht aber vor allem einen lebendigen Präventionsrat.“

(Schubert 2020, S. 85)

„Kommunale Kriminalprävention fungiert als eine Art kommunaler Präventions-Baukasten und zielt auf die Vermeidung bzw. Bewältigung unterschiedlicher Gefährdungen mithilfe zielorientierter Maßnahmen ab.“

(Marks 2020, S. 15)

„Kriminalitätsverhütung auf kommunaler Ebene stellt wegen der Vielschichtigkeit möglicher Einflussfaktoren eine Querschnittsaufgabe dar, der sich neben relevanter Fachressorts der Kommunalverwaltungen eine möglichst große Zahl weiterer Institutionen und zivilgesellschaftlicher Akteure in den Städten und Gemeinden stellen muss.“

(Kahl 2020, S. 65)

„Um effektiv tätig sein zu können, muss durch die Einbindung kommunaler Verantwortungsträger ein klares internes und öffentliches Signal gesetzt werden. Ein verbreitetes und auch treffendes Stichwort dazu lautet:

„Kommunale Kriminalprävention ist Bürgermeistersache!“

(Kerner 2020, S. 12)



Diese vielfältigen Kernaussagen zur Kommunalen Kriminalprävention zeigen deutlich, dass eine einheitliche Definition und Ausgestaltung weiterhin ausstehen. Dennoch ist der gemeinsame Nenner eindeutig: Die Kommunale Kriminalprävention ist von zentraler Bedeutung für ein friedliches und sicheres Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden.

1.2 Interview mit Professorin Dr. Dorothee Dienstbühl

Frau Professorin Dienstbühl, wie definieren Sie als Sozialwissenschaftlerin mit Lehrauftrag in der Kriminalistik Kommunale Kriminalprävention (KKP)?

Kommunale Kriminalprävention bezeichnet einen örtlichen Zusammenschluss von Institutionen, um Kriminalität zu verhindern bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen. Um wirksame Präventionsmaßnahmen zu konzeptionieren, müssen Gefährdungspotentiale zunächst erkannt und eingeordnet werden. Dazu eignen sich Disziplinen wie Soziologie, Kriminologie aber auch die Kriminalistik sehr: Kriminalisten haben die Herangehensweise, Kriminalitätsphänomene mit W-Fragen zu erfassen (zum Beispiel welche Formen von Kriminalität sind im Raum feststellbar, wo tritt sie aus welchen Gründen besonders häufig auf).

Welchen Beitrag kann die Wissenschaft zur KKP leisten?

Genau diese oben angeführten W-Fragen stellen und aus den Antworten praktisch anwendbare Präventionsansätze vor Ort generieren. Dafür reicht eine Wissenschaft nicht aus, vielmehr bedarf es interdisziplinärer Ansätze mit den unterschiedlichen Disziplinen, aber auch den unterschiedlichen und sicher auch kontroversen Blickwinkeln der Wissenschaftler selbst. Allerdings sollte man nicht im akademisch-abstrakten Diskurs verharren. Vielmehr geht es darum, Beobachtungen und gesellschaftliche Prozesse zu erläutern, verständlich zu kontextualisieren und Hinweise zu geben, was funktioniert und warum oder wo Schwachstellen bestehen. Der Ansatz muss dabei praxis- und lösungsorientiert sein.

Warum unterscheidet sich die subjektive Sicherheit eigentlich so oft von der objektiven Kriminalitätslage?

Ich würde behaupten, dass es eine rein objektive Kriminalitätslage gar nicht gibt. Die Datenlage, die gerne medial nicht ganz ausdifferenziert dargestellt wird, beruht auf der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die aber nicht lückenlos ist. So sind unter anderem Staatsschutzdelikte nicht in der PKS abgebildet, hierfür muss ich in den Verfassungsschutzbericht schauen. Neben dem Umstand, dass die PKS also bereits ein selektives Erfassungselement ist,



Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl (©D. Dienstbühl)

werden auch nur die Taten in einem Berichtsjahr aufgeführt, die der Polizei durch Anzeige bekannt geworden sind und nach Abschluss an die Staatsanwaltschaft nach Bearbeitung abgegeben wurden.

Delikte, die gut in der PKS abgebildet sind, also ein hohes Hellfeld besitzen, sind beispielsweise vollendeter Wohnungseinbruchdiebstahl oder Gewalteskalationen im öffentlichen Raum, die sich dann regelmäßig als Körperverletzungsdelikte statistisch niederschlagen. Doch gerade Gewalt im persönlichen Nahbereich, wie durch die eigene Familie, den Partner oder auch Bekannte, wird häufig nicht angezeigt. Ebenso wird schwere sexuelle Gewalt nur zum Teil erfasst, weil die Betroffenen sie aus unterschiedlichsten Gründen nicht zur Anzeige bringen. Hier gehen wir von einem hohen Dunkelfeld aus. Somit ist die Aussagekraft der PKS eingeschränkt und bildet keine absolut objektive Kriminalitätslage ab.

Die subjektive Sicherheit, also das ganz individuelle Sicherheitsempfinden, wird durch sehr viele Faktoren beeinflusst. Natürlich durch eigene Erfahrungen mit Kriminalität. Wer selbst zum Opfer von Kriminalität wurde, dessen Sicherheitsgefühl ist je nach der Schwere der Tat und der Tatfolgen beeinträchtigt oder sogar weitestgehend, wenn auch nur temporär, zerstört. Dies betrifft auch indirekte Opfer, also Personen, die Menschen kennen, die zum Opfer von Kriminalität wurden. Zum Beispiel bei einem Wohnungseinbruchdiebstahl ist das Sicherheitsempfinden der Nachbarn ebenfalls berührt. Doch auch Medien beeinflussen das persönliche Sicherheitsempfinden. Zum einen führen schwere Straftaten im öffentlichen Raum, wie beispielsweise der

Terroranschlag von Solingen im August 2024 zu einer allgemeinen Verunsicherung, zum anderen sind es aber auch Meldungen von anderen Verbrechen, die das eigene Sicherheitsempfinden beeinflussen. So haben ältere Menschen Angst vor Betrugs-
maschinen, die auf alte Menschen als Opfer zielen, wie auch Überfälle im eigenen Haus. Eltern sind wiederum verunsichert, wenn sie von Übergriffen durch Unbekannte gegen Kinder auf dem Schulweg hören.

„Die Menschen sehen Essen im besten Falle nicht einfach als die Stadt, in der sie leben, sondern als IHRE Stadt, als ihr Zuhause. Die Identifikation mit einem Ort kann sich positiv auf das Verantwortungsgefühl auswirken.“

Wie sicher wir uns fühlen hängt also von ganz unterschiedlichen Faktoren ab.

Ganz praktisch: Was kann die Stadt Essen tun, um das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu stärken?

Ein wichtiger Punkt ist der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern: Ihre Sorgen ernst zu nehmen und darauf zu reagieren, zeigt den Menschen, dass sie und vor allem ihre Sicherheit ernst genommen werden. Angst geht mit einem Gefühl von Machtlosigkeit einher. Daher sind zielgruppenorientierte Informationen zum persönlichen Schutz eine gute Idee, am besten verbunden mit einer Anlaufstelle zur Beratung. Die Polizeiliche Kriminalprävention leistet bereits sehr gute Arbeit mit einer Fülle an Informationsflyer und Angeboten. Die Stadt Essen kann mit einem kooperierenden Angebot ihr Interesse am Sicherheitsgefühl der Menschen zeigen. Zudem ist für viele Menschen die Hemmschwelle niedriger, sich zunächst an zivile Akteure, als an die Polizei zu wenden.

Es geht aber nicht nur um die Stärkung des Sicherheitsempfinden, es geht um faktische Schutzmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund können Kameras in öffentlichen Räumen genauso diskutiert werden, wie gemeinsame Bestreifung von Ordnungsamt und Polizei. Zudem kann und muss die Stadt Schutzräume für Menschen schaffen, die in besonderer Weise von Gewalt und Kriminalität betroffen bzw. bedroht sind. Gewalt gegen Frauen und Kinder sind leider nach wie vor Realität. Der Europarat hat deutlich gemacht, dass Deutschland noch weit von den Vorgaben der Istanbul-Konvention entfernt ist. Im Bereich des Opferschutzes ist noch sehr viel zu tun und hier hat auch die Stadt Essen noch Potential.

Hier geht es nicht nur darum, Pflichten zu erfüllen. Die Stadt Essen kann mit entsprechendem Engagement den Menschen deutlich zeigen: „Wir kümmern

uns um Euch und wenn etwas passiert ist, dann helfen wir Euch, so gut wir können.“ Das stärkt nicht nur das Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Ein aktiver Opferschutz ist zudem eine Form der Täterprävention, also der Verhinderung von weiteren Straftaten.

Wie kann auch die Bevölkerung in der Stadt mit einbezogen werden, um den öffentlichen Raum sicher und attraktiv zu gestalten?

Indem sie in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und ein Heimatgefühl gefördert wird: Die Menschen sehen Essen im besten Falle nicht einfach als die Stadt, in der sie leben, sondern als IHRE Stadt, als ihr Zuhause. Die Identifikation mit einem Ort kann sich positiv auf das Verantwortungsgefühl auswirken. Zudem braucht es Nähe zu den Akteuren, die mit dem Feld Sicherheit betraut sind mit Dialogangebot vor Ort, aber auch gezielten Medienoffensiven – vor allem via Social Media.

Welche Akteure sollten aus Ihrer Sicht für eine erfolgreiche kommunale Präventionsarbeit gewonnen werden?

Natürlich die Polizei und die Stadt. Für lokale Bündnisse vor Ort ebenso Vereine und Unternehmen, beispielsweise Rot-Weiss Essen. Also kurz gesagt: Alle.

Wie sehen Sie die Zukunft der Kommunalen Kriminalprävention? Welche Trends und Entwicklungen erwarten Sie?

Zum einen denke ich, dass ansässige Unternehmen zur Nachwuchsgewinnung und im Wettbewerb um kluge Köpfe ein reges Interesse haben sollten, sich mehr an der Sicherheit in der Stadt zu beteiligen, in der Firmenangehörige leben. Standortinteressen und Kommunale Kriminalprävention könnten also mehr zusammen gedacht werden. Zum anderen dürfte die Bedeutung von sozialer Sicherheit und dem persönlichen wie kollektiven Sicherheitsempfinden weiter steigen.

Es bleibt also noch sehr viel zu tun.

**Der Kriminal-
präventive
Rat Essen**

2

2. Der Kriminalpräventive Rat Essen

Der Rat der Stadt Essen hat in seiner Sitzung am 24. Januar 2022 die Restrukturierung des Kriminalpräventiven Rates Essen beschlossen.

Der Kriminalpräventive Rat (KPR) als Teil des kommunalen Präventionsmanagement verfolgt das Ziel, die urbane Sicherheit in der Stadt zu stärken und frühzeitig mit gezielten und inklusiven Maßnahmen Kriminalität vorzubeugen, das Sicherheitsgefühl zu verbessern und das friedliche Miteinander in der Stadt zu fördern. Der KPR fungiert seit zwei Jahren nun als zentrales Koordinierungs- und Steuerungsgremium sowie Impulsgeber.

2.1 Ausgangslage

1996 konstituierte sich erstmalig ein Kriminalpräventiver Rat in Essen. Dieser war ein Bündnis aus Vertreterinnen und Vertretern von Polizei, Politik, Verwaltung, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden. Aufgabe des Kriminalpräventiven Rates war es, die Zusammenarbeit der mit der Kriminalprävention befassten Organisationen in der Stadt Essen zu fördern. Er bündelte gleichzeitig die Informationen, die zur Beurteilung der Situation um die Sicherheit in der Stadt Essen relevant waren, förderte den Konsens der Stadtgesellschaft zu Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zu einer multidisziplinär angelegten Kriminalprävention und unterstützte Aktivitäten der staatlichen und kommunalen Stellen sowie nichtstaatlicher Organisationen zur Reduzierung von Kriminalität und sozial abweichendem Verhalten in der Stadt.

2005 erfolgte mit einer Kooperation zwischen Stadt Essen, Kreispolizeibehörde Essen und der Universität Duisburg-Essen eine Neuaufstellung zur Effizienzsteigerung. Zu diesem Zweck wurde unterhalb des KPR als neues Gremium das „Operative Steuerungsgremium“ geschaffen, dem insbesondere die operative Planung, Koordination und Steuerung von kriminalpräventiven Maßnahmen sowie die Vereinbarung strategischer Handlungsziele oblag. Er bündelte und institutionalisierte zu diesem Zweck unterschiedliche thematische Schwerpunkte in sogenannten „Themensäulen“ und stützte seine Entscheidungen auf die Zuarbeit der zu jedem Themenfeld eingerichteten Koordinierungskreise, in die bei Bedarf weitere Fachbereiche berufen werden konnten. Als eigenständige Säulen wurden die Themenschwerpunkte „Drogen und Straßenprostitution“ und „Jugenddelinquenz“ behandelt. Der KPR verfügte jedoch weiterhin über keine eigene finanzielle und personelle Ausstattung.

Der so neu gestaltete KPR der Stadt Essen tagte letztmalig im Jahre 2014 und verfolgte bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin schwerpunktmäßig die Themen Drogenkriminalität und Straßenprostitution. Im Jahre 2017 wechselte die organisatorische Zuordnung des Kriminalpräventiven Rates zum Geschäftsbereich Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung. In diesem Geschäftsbereich wurden bereits seit 2014 verschiedene kriminalpräventive Themen in unterschiedlichen Projektstrukturen (zum Beispiel Aktionsbündnis, Örtlicher Ausschuss) und unterschiedlicher Zuständigkeit bearbeitet; jedoch ohne eine gemeinsame Koordination und gesteuerte Kooperation.

Dieser dezentrale Ansatz ohne eine übergeordnete Koordination erwies sich jedoch in der jüngeren Vergangenheit als nicht mehr zielführend und nachhaltig, so dass der Rat der Stadt Essen eine Restrukturierung und Neuausrichtung des Kriminalpräventiven Rates beschloss.

2.2 Das Konzept

Das Thema „Sicherheit“ hat in den vergangenen Jahren durch verschiedenste Faktoren (unter anderem politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, fortschreitende Digitalisierung) auf allen staatlichen Ebenen stark an Bedeutung gewonnen. Hierbei ist der Themenkomplex „Sicherheit“ durchaus sehr weit zu fassen und geht von der klassischen polizeilichen und ordnungsbehördlichen Sicherheitsdefinition über urbane Sicherheit, Wirtschaftsschutz bis zur IT-Sicherheit.

Die statistischen Daten zeigen, dass sich die Stadt Essen in Sicherheitsfragen auf einem guten Weg befindet und die repressiven Ansätze Wirkung zeigen. Dies belegen unter anderem die Daten der Kriminalstatistik, nach denen sich die Stadt Essen vom Jahr 2016 bis zum Jahr 2020 zur sichersten Großstadt (über 500.000 Einwohnende) NRWs mit einer Häufigkeitszahl kleiner als 7.500 Straftaten (2020) entwickelt hat. Noch wichtiger ist jedoch, Straftaten vorzubeugen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Grund auf zu stärken. Um der Kriminalität im Stadtgebiet wirksam und ganzheitlich, das heißt sowohl mit repressiven als auch präventiven Ansätzen, begegnen zu können, bedarf es vielfältiger Expertise und diverser Ansätze. Neben der Sichtbarkeit von Ordnungskräften gehören dazu stadtplanerische und sozialpädagogische Konzepte, durch die Orte, an denen typischerweise kriminelle Delikte ver-

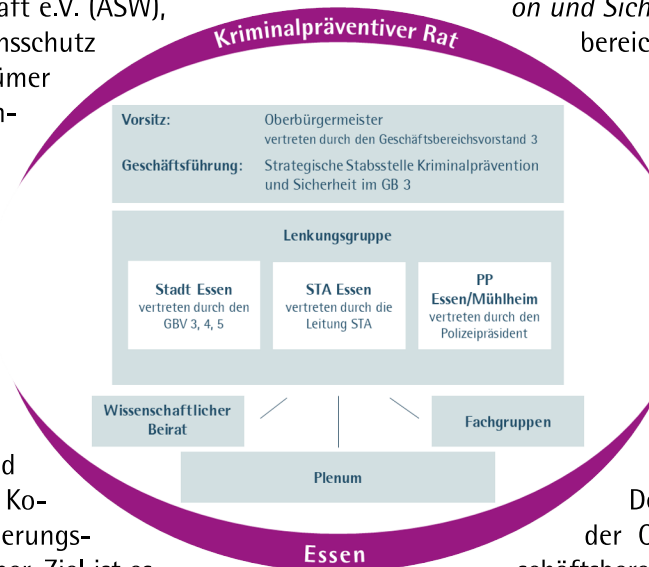
übt werden, gar nicht erst entstehen. Die politischen, gesellschaftlichen und örtlichen Entwicklungen zeigen, dass Kriminalprävention ein gesamtgesellschaftliches Anliegen mit hoher Aktualität darstellt, dem mit einem ganzheitlichen und interdisziplinären Ansatz auf kommunaler Ebene unter Einbeziehung von Staat, Bürgerschaft und Wirtschaft nachgekommen werden sollte. Hierbei haben alle Beteiligten selbst die Verantwortung zu tragen und einen spezifischen Beitrag zu leisten. Beispielhaft ist hier der Wirtschaftsschutz in Kooperation mit der Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. (ASW), der physische Einbruchsschutz durch Immobilieneigentümer oder der Aufbau des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls zu nennen.

Der KPR wurde daher als Teil des kommunalen Präventionsmanagements restrukturiert und versteht sich als zentrales Koordinierungs- und Steuerungsgremium sowie Impulsgeber. Ziel ist es, die urbane Sicherheit in der Stadt Essen umfassend auf Basis von Kriminalitätslagebildern und erkannten Problemlagen im Blick zu behalten und frühzeitig mit gezielten und inklusiven Maßnahmen Kriminalität zu reduzieren, das Sicherheitsgefühl zu verbessern und das friedliche Zusammenleben in der Stadt zu fördern. Das Aufgabenspektrum des KPR umfasst:

- die Bündelung von Fachwissen sowie die Initiierung und Steuerung von Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den mit Prävention befassten kommunalen Akteuren, Institutionen, gesellschaftlichen Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürgern,
- die Entwicklung von Präventionskonzepten,
- die konkrete Umsetzung von Präventionsmaßnahmen,
- die Beteiligung an wissenschaftlichen und praktischen Projekten der Sicherheits- und Präventionsforschung
- Netzwerkarbeit
- die Beratung und Information des Oberbürgermeisters und der politischen Gremien sowie
- die Aufklärung und Information der Bürgerinnen und Bürger.

2.3 Organisatorischer Aufbau

Dem Grundsatz des Deutschen Forum Kriminalprävention „Prävention ist Bürgermeisterpflicht“ Rechnung tragend sitzt Herr Oberbürgermeister Thomas Kufen dem Kriminalpräventiven Rat Essen vor und wird im Verhinderungsfalle durch den Geschäftsbereichsvorstand 3 – Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung – Herrn Christian Kromberg vertreten. Die Koordination im Sinne einer Geschäftsführung obliegt der *Strategischen Stabsstelle Kriminalprävention und Sicherheit* in diesem Geschäftsbereich.



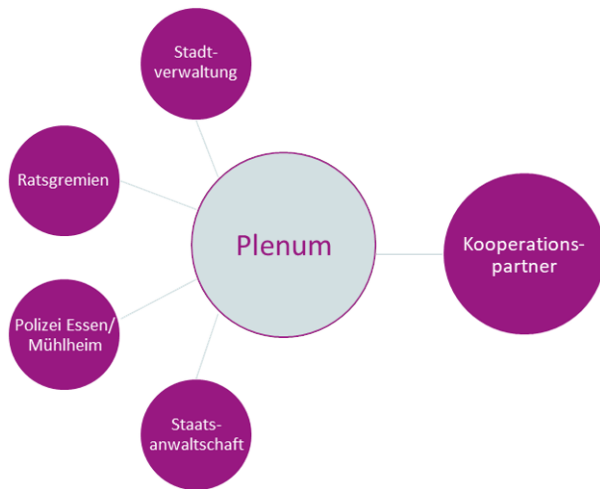
Der KPR besteht neben dem Vorsitz aus einer Lenkungsgruppe, einem wissenschaftlichen Beirat, einem Plenum sowie vier neu etablierten Fachgruppen neben zahlreichen bereits bestehenden Arbeitskreisen.

Der Lenkungsgruppe gehören der Oberbürgermeister, der Geschäftsbereichsvorstand 3, der Geschäftsbereichsvorstand 4 – Jugend, Bildung und Kultur –, Herr Muchtar Al Ghusain und der Geschäftsbereichsvorstand 5 – Soziales, Arbeit und Gesundheit – Herr Stadtdirektor Peter Renzel an. Sie ist weiter besetzt durch den Polizeipräsidenten des Präsidiums Essen/Mülheim, Herrn Andreas Stüve als Nachfolger von Herrn Frank Richter. Der Lenkungsgruppe gehört weiterhin die Staatsanwaltschaft Essen mit ihrer jeweiligen Leitung an. Diese war zu Beginn Frau Dr. Karin Schwarz und im weiteren Verlauf Herr Mathias Plöger als kommissarischer Vertreter. Die Lenkungsgruppe hat im Berichtszeitraum einmal im Quartal getagt. Im Rahmen der Sitzungen wurden aktuelle Themen erörtert, die Arbeitsergebnisse der jeweiligen Fachgruppen in Präventionsstrategien überführt und die Strategieumsetzung begleitet. Besonders hervorzuheben ist, dass jedes Mitglied der Lenkungsgruppe eine der vier neu etablierten Fachgruppen verantwortet.

Ebenfalls zum KPR gehört der wissenschaftliche Beirat. Dieser besteht aktuell aus zwei festen Mitgliedern: Frau Professorin Dr. Dorothee Dienstbühl von der Hochschule der Polizei (HPOl) des Landes Brandenburg und Herr Dr. Tim Lukas von der Bergischen Universität Wuppertal sowie themenbezogen wechselnden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Sie beraten die Lenkungsgruppe, stellen den wissenschaftlichen Input im Plenum sicher und begleiten die Fachgruppen aus wissenschaftlicher Sicht. Es ist festzustellen, dass bereits im Berichtszeitraum ein Mehrwert auf den verschiedenen Ebenen hierdurch generiert werden konnte.

Einen weiteren wichtigen Baustein des KPR stellt das Plenum dar, in welchem das breite Spektrum aller Beteiligten zum Themenkomplex „Kommunale Kriminalprävention“ zusammengeführt wird.



Im Einzelnen umfasst das Plenum:

Stadtverwaltung Essen

- Geschäftsbereich Oberbürgermeister
- Geschäftsbereichsvorstand Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Geschäftsbereichsvorstand Jugend, Bildung und Kultur
- Geschäftsbereichsvorstand Soziales, Arbeit und Gesundheit

Staatsanwaltschaft Essen

Polizei Essen/Mühlheim

Ratsgremien

- Je zwei Vertreterinnen oder Vertreter jeder Ratsfraktion
- Je eine Vertreterin oder ein Vertreter jeder Ratsgruppe
- Vorsitzende oder Vorsitzender Seniorenbeirat
- Vorsitzende oder Vorsitzender Integrationsrat

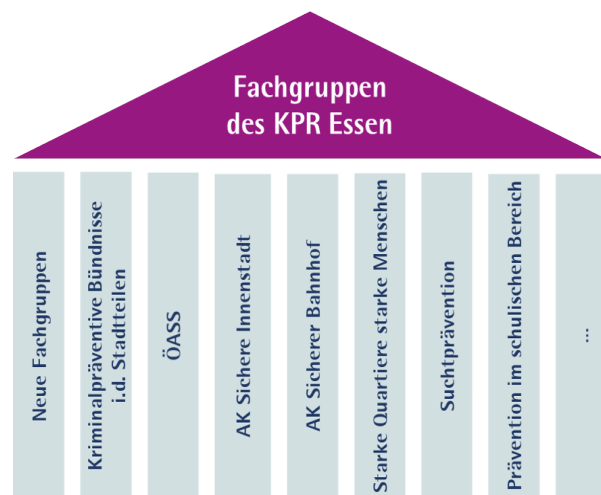
Kooperationspartner

- Vorsitzende oder Vorsitzender des Polizeibeirates
- Vier Vertreterinnen oder Vertreter der AG Wohlfahrt
- AK Jugend
- Suchthilfe

- Ruhrbahn
- IHK und Einzelhandelsverband
- Essen Marketing Gesellschaft (EMG)
- AG der Essener Wohnungsunternehmen und Haus und Grund
- Universität Duisburg Essen

Das Plenum des KPR hat jeweils zweimal im Jahr in nicht öffentlicher Sitzung getagt. Jede Sitzung fand unter einen anderem Schwerpunktthema statt (siehe Kapitel 3).

Den vierten und abschließenden Baustein des KPR stellen die Fachgruppen dar; diese umfassen sowohl die bisherigen Arbeitsgruppen, kriminalpräventive Bündnisse in den Stadtteilen sowie die örtlichen Ausschüsse als auch die vier neu gegründeten Fachgruppen. Diese konnten in den letzten zwei Jahren themen- und anlassbezogen, interdisziplinär besetzt werden.



Die jeweiligen Projekte sowie bereits erarbeitete Lösungsansätze können dem Kapitel 4 entnommen werden.

Bereits zwei Jahre nach der Restrukturierung des Kriminalpräventiven Rates Essen ist festzustellen, dass die Kommunale Kriminalprävention neue Impulse erhalten hat, Bewährtes und Neues zusammengeführt wurde und die Kommunale Kriminalprävention einen neuen Stellenwert sowohl innerhalb der Organisation als auch in den Netzwerken einnimmt.

Der vorliegende erste Jahresbericht markiert auch den Beginn einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit. Denn Kommunale Kriminalprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur durch die Zusammenarbeit der institutionellen Akteure gelingen kann, sondern auch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger erfordert - sie kann nur gemeinschaftlich erfolgreich sein!

19 Fachgruppen-
Sitzungen



kriminalpraeventiverrat@essen.de

4

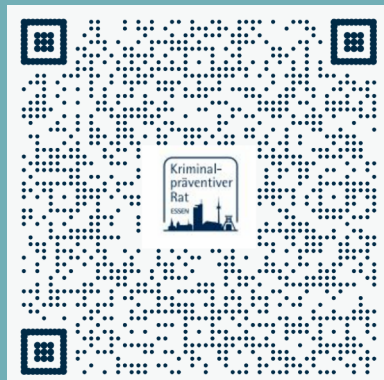
Sitzungen
im Plenum

7
Projekte
in den neuen
Fachgruppen



neu etablierte
4 Fachgruppen

7 **Sitzungen**
der Lenkungsgruppe



>30
Expertinnen
und Experten
im Plenum

Thematische
Schwerpunkte
im Plenum

3

3. Thematische Schwerpunkte im Plenum

3.1 Sicherheit und Kommunale Kriminalprävention am Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart Ordnungsbürgermeister a.D. Dr. Martin Schairer, Stuttgart

In der konstituierenden Sitzung des KPR am 7. Juni 2022 berichtete Dr. Martin Schairer über die Entwicklung und aktuelle Herausforderungen der Kommunalen Kriminalprävention in Stuttgart.

Der Beginn: Ende der 90er-Jahre hat die Stadt Stuttgart erkannt, dass nur eine gemeinsame Strategie und gemeinsames Handeln von Stadtverwaltung, Polizei und Bürgerschaft die objektive und subjektive Sicherheit verbessern können. Die Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft war geboren. Diese Trias-Philosophie gilt bis heute: Sicherheit ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei, Sicherheit geht uns alle an und ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit ganz vielen Akteuren. Inzwischen dürften in Stuttgart über 100 Sicherheitspartner zusammenarbeiten.

Die Konstruktion der Trias mit Leitungsebenen und klaren Verantwortungsbereichen von Polizei, Stadtverwaltung und Bürgerschaft existiert bis heute und stellt sich in Abbildung 1 dar.

Im Ergebnis

hat die Aktivierung und Vernetzung aller verantwortlichen Kräfte in der Stadt eine erhebliche Verbesserung der Sicherheit bewirkt.

„Eine gute Sozialarbeit ist die beste und wirksamste Kriminalpolitik“, dieses Zitat des deutschen Kriminologen Franz von Liszt (1905) wird in Stuttgart gelebt.

Handlungsfelder

Vor allem in den Bereichen der Jugendkriminalität hat diese Vernetzung mit dem ersten Haus des Jugendrechts in der Bundesrepublik im Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt neue Maßstäbe in der Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht und Sozialbehörden gesetzt. „Zur Erziehung eines Kindes bedarf es ein ganzes Dorf“ sagt eine afrikanische Weisheit. Diese Weisheit wurde in Stuttgart übernommen. Auch im Bereich der Sauberkeit einer Stadt hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Sicherheitsgefühl durch Unordnung, Müll und Unregelmäßigkeiten leidet (siehe die Broken Windows Theorie). Die Müllabfuhr allein wurde dem Phänomen nicht Herr, es bedurfte der Hilfe von Schulen, Bezirken der Stadt und Putzwettbewerben, um ein



Dr. Martin Schairer (©M. Schairer)

Umweltbewusstsein und Aktionen zu entwickeln. Aus dieser Zeit stammt der Spruch, „die Sauberkeit ist die kleine Schwester der Sicherheit“.

Verlagerung in den öffentlichen Raum

Danach haben sich die Probleme der objektiven und subjektiven Sicherheit in den Städten sehr stark auf den öffentlichen Raum verlagert. Der Vorteil der Kommunalen Kriminalprävention ist, dass ihre Struktur und ihre Akteure sich den neuen Herausforderungen anpassen können.

„Kommunale Kriminalprävention ist ein fortwährender Prozess – und alternativlos.“

So hat die bundesweit bekannte Stuttgarter Krawallnacht im Juni 2020, wo ein jugendlicher Mob völlig überraschend mit Zerstörungen und Plünderungen in der Stuttgarter Innenstadt aufgetreten ist gezeigt, dass die Coronazeit und die Vernachlässigung von Sozialarbeit in der Innenstadt eine neue Herausforderung darstellten.

Wiederum wurden die Strukturen der Kommunalen Kriminalprävention bemüht – und dies erfolgreich. Eine derartige Situation hat seither in der Stuttgarter Innenstadt nicht mehr stattgefunden. Auf fünf Handlungsebenen für eine sichere Stadt wurden Maßnahmen in Gang gesetzt oder verstärkt: Veranstaltungen, Prävention, Ordnungsrechtliche Maßnahmen, Sauberkeit und Infrastruktur. Viele Akteure wurden angefragt und verpflichtet. Die Federführung übernahm das Referat KKP beim Ordnungsbürgermeister der Stadt. Das Nachtleben wurde belebt, Mobile Jugendarbeit in der Innenstadt wurde angeboten, aber auch repressive Maßnahmen wie Videoüberwachung und eine sehr niedrige Einschreit-

schwelle von Polizei und städtischem Ordnungsdienst wurden umgesetzt.

Eine interessante Erkenntnis ist: Die Maßnahmen wurden von der Bevölkerung und den Jugendlichen akzeptiert, weil sie eine gut kommunizierte und ausgewogene Mischung von Ordnungs- und sozialen Maßnahmen darstellten. Das ist KKP at its best.

Aktuelle - digitale - Herausforderungen für die KKP

Inzwischen haben sich die aktuellen Herausforderungen bereits wieder verschoben, nämlich in das Netz. Die Infrastruktur der Kommunen wird durch Cyberangriffe gefährdet, auch im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, oft wird neben schlichten strafrechtlichen Vermögensdelikten zunehmend auch eine Destabilisierung der öffentlichen Ordnung und der Wirtschaft in der Bundesrepublik betrieben. Die Terrorgefahr ist im Netz angekommen. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer

Sicherheit verschwimmen. Aber auch hier ist die KKP aufgefördert, neue Formen der Vernetzung, der Partner und der Zusammenarbeit zu finden, damit Prävention wirkt. Hier sind inzwischen globale Antworten mit Hilfe der KKP gefragt.

Kommunale Kriminalprävention bleibt alternativlos

Insofern gilt für die Kommunen mehr denn je: Kommunale Kriminalprävention ist alternativlos für die Sicherheitsvorsorge, da sie flexibel ist und auch globale Antworten geben kann und muss. Da die Polizei mit anderen wichtigen Aufgaben (Demonstrationen, Terrorschutz und digitale Straftatenverfolgung) belastet ist, muss sie sich aus dem Thema KKP immer mehr zurückziehen. Am Ausbau der Kommunalen Kriminalprävention auf den Schultern der kommunal Verantwortlichen geht deshalb kein Weg vorbei.

Weitere Informationen: <https://www.stuttgart.de/leben/sicherheit/kriminal-praevention/>



Abbildung 1: Aufbau KPR Stuttgart

3.2 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen

Christine Liermann, Stiftungs Deutsches Forum Kriminalprävention

Christine Liermann berichtete in der Plenumsitzung am 6. Dezember 2022 als Referentin des DFK aus ihrer Tätigkeit zum Thema „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“.

Wer ein Jugendstraßverfahren vor Gericht verfolgt gewinnt oft den Eindruck, dass die verhandelte Tat am Ende eines langen Entwicklungsprozesses steht, in den man viel früher hätte eingreifen können: Hätte man rechtzeitig auf ein sich anbahnendes Problemverhalten des Kindes oder Jugendlichen reagiert, hätte das spätere Opfer (vielleicht) nicht leiden müssen. Die Notwendigkeit, Gewalt und Kriminalität zu verhindern, bevor sie auftritt, ist evident, die Bereitschaft, präventiv zu wirken, ist groß. Warum sehen wir trotzdem zu wenig Wirkung?

Die Präventionsforschung ist einer relativ jungen Wissenschaft und das erklärt, warum noch immer bei vielen – auch politischen Akteuren – eine Vorstellung vorherrscht, dass „Prävention irgendwie immer gut ist und dass das auch jeder kann“: Beide Aussagen sind falsch, denn eine Vielzahl von Studien belegen, dass Präventionsmaßnahmen ohne Programmtheorie oder schlecht umgesetzt, nicht wirken oder sogar negative Effekte haben können. Bei der hinlänglich bekannten Ressourcenknappheit können wir es uns nicht mehr leisten, Geld für unwirksame oder sogar schädliche Maßnahmen zu investieren.

Nicht die Anzahl der Aktivitäten, sondern deren Qualität zählt.

Evidenzbasierung ist das Schlagwort, das nichts anderes meint als die Forderung nach Präventionsangeboten, die geprüft sind – und deren Einsatz gut und rational begründbar ist. Was leicht klingt, ist in der Praxis eine komplexe Herausforderung, der sich viele Ebenen und viele Akteure stellen müssen.

An dieser Stelle kann nur kurz angerissen werden, was Evidenzbasierung für die praktische Präventionsarbeit bedeutet. Zunächst muss ein Programm auf der Grundlage kriminologischer Forschung entwickelt werden. Sodann muss belegt sein, dass die mit dem Programm intendierten Wirkungen auch erreicht wurden. Für eine evidenzbasierte Praxis muss sichergestellt sein, dass die Umsetzung des Programmes so erfolgt, wie die Programmentwickler es vorgesehen haben – nach Umfang, Reihenfolge



Christine Liermann (@BMJ / Foto: Photothek)

und Inhalt entsprechend des Manuals, eingebettet in eine Institution / deren System unter anderem.

Nehmen wir – in Anbetracht erstarkender politischer Extremismen – als Beispiel Vorurteilsprävention. Menschen mit extremistischen Einstellungen sind rationalen Argumenten nicht mehr zugänglich. Tatsachen, die belegbar sind, werden ignoriert, Vorurteile haben sich so verfestigt, dass sie kaum oder nur noch schwer zu korrigieren sind. Ein auf wissenschaftlicher Grundlage basierender Präventionsansatz fragt also, in welchem Zeitpunkt der Prozess der Vorurteilsbildung beginnt. Entwicklungspsychologen wissen, dass Vorurteile, die Kleinkindern zunächst zur eigenen Identitätsfindung dienen (dürfen!), im

Grundschulalter bei dem Vorhandensein von Risikofaktoren (zum Beispiel fehlen-

de Selbstwirksamkeit, fehlende Empathiefähigkeit) eine Verstärkung finden. Auch weiß man, dass frühzeitig gefasste Vorurteile über den Lebensweg hin besonders stabil bleiben.

Eine wissenschaftlich fundierte Prävention setzt daher im Grundschulalter an und nimmt die Förderung unter anderem der oben beispielhaft benannten relevanten Kompetenzen in den Blick. Will man später ansetzen, zum Beispiel mit Jugendlichen arbeiten, wären präventive Wirkungen über andere Ansätze (Peergruppenarbeit) denkbar.

„Gut gemeint reicht nicht: Prävention braucht Wissenschaft, Fachakteure und Ressourcen, um wirklich gut zu sein!“



Abbildung 2: Was ist evidenzbasierte Kriminalprävention? (©NZK | Creative Commons CC-BY-NC-ND)

Die Ausführungen sollen verdeutlichen, wieviel Forschungswissen hinter evidenzbasierten Angeboten¹ steht. Mittlerweile gibt es für die Praxis Empfehlungsportale (<https://www.wegweiser-praevention.de/>) für evaluierte Angebote, die den geschilderten Anforderungen genügen.

Und damit ist „nur“ der erste Schritt belegt- die Auswahl eines wirksamen Programmes. Auch die Fragen, ob das Thema richtig priorisiert ist, ob ausreichende Ressource für eine nachhaltige Verankerung der Maßnahme da ist und ob die Wirkung im Feld dann auch gemessen werden, müssen geklärt sein.

Das ist die schlechte Nachricht: Wirksame Prävention braucht Kompetenz, Zeit und Ressource.

Die gute Nachricht ist: Es gibt Hilfsmittel, Anleitungen und Tools für Praktiker, wie man systematisch wirksame Präventionsansätze strategisch in einer Kommune, Stadt und Institution verankern kann.

Der Ansatz Communities That Care (<https://communities-that-care.de/>) ist eine solche Rahmenstrategie, die – aus den USA stammend – für Deutschland adaptiert in Niedersachsen und vielen anderen Regionen Deutschlands genutzt wird – um Kinder / Jugendliche zu stärken und Prävention evidenzbasiert und wirksam zu machen.

¹ Beispiel eines evaluierten Präventionsprogramms gegen Vorurteile: PARTS
<https://www.wegweiser-praevention.de/parts.html>

3.3 Sicherheit und Sicherheitsgefühle im Bahnhofsumfeld verbessern

Dr. Tim Lukas, Bergische Universität Wuppertal

Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats stellte Dr. Tim Lukas (Bergische Universität Wuppertal) in seinem Vortrag am 31. Mai 2023 zentrale Erkenntnisse aus seiner Arbeit im Forschungsprojekt „Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa)“ und der Wuppertaler Sicherheitspartnerschaft „Kooperation Sicherheit Innenstadt/Döppersberg (KoSID)“ vor.

Beide Projekte zielten auf die Verbesserung von Sicherheit und Ordnung und die wissenschaftliche Untersuchung des Sicherheitsgefühls im spezifischen Stadtraum von Bahnhofsumgebungen. Herr Dr. Lukas machte deutlich, dass das Umfeld von Bahnhöfen traditionell einen eher schlechten Ruf aufweise und vielerorts als kriminogener Ort gelte, an dem sich die registrierte Kriminalität konzentriere. Dabei seien es oft weniger schwere Delikte, wie etwa Laden- und Handtaschendiebstähle sowie der Konsum und Handel mit Betäubungsmitteln, die das Kriminalitätsgeschehen in Bahnhofsvierteln prägten. Zugleich zeigten die Ergebnisse aus Bevölkerungsbefragungen, dass es weniger die Kriminalitätslage als vielmehr die Wahrnehmung von Irritationen der öffentlichen Ordnung sei, die einen Einfluss auf das raumbezogene Sicherheitsgefühl habe. Sichtbare Erscheinungsformen abweichenden Verhaltens und Verwahrlosungserscheinungen des öffentlichen Freiraums stünden in einem engen Zusammenhang mit der Wahrnehmung kriminalitätsbezogener Unsicherheit. Der städtebaulichen Gestaltung und nachhaltigen Pflege des Stadtraums gelte es daher besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Darüber hinaus könnten Angebote für verschiedene Zielgruppen zur Belebung des öffentlichen Raums und zur Erhöhung der sozialen Kontrollierbarkeit beitragen. Verlagerungsprozesse könnten durch gezielte Angebotsstrukturen gesteuert werden, wenn auch den Nutzungsinteressen marginalisierter Bevölkerungsgruppen Raum gegeben werde. Dazu sei eine niedrighschwellige Einbindung notwendig. Ein gutes Praxisbeispiel sei etwa die Umgestaltung des Bremer Platzes am Münsteraner Hauptbahnhof, wo man in einem partizipativen Prozesse unter Leitung des Quartiersbüros und durch eine inklusiv ausgerichtete Zonierung der Fläche Angebote für unterschiedliche Nutzergruppen entwickelt und umgesetzt habe.



Dr. Tim Lukas (©Bergische Universität Wuppertal)

Herr Dr. Lukas ermutigte dazu, den Horizont zu erweitern, sowohl kleine als auch experimentelle Schritte zu wagen und in überregionalen Netzwerken zu arbeiten, die den Blick über den Tellerrand und den Austausch über erfolgreiche Ansätze der kommunalen Kriminalprävention ermöglichen. Der „SiBa-Werkzeugkasten der (Kriminal-)Prävention“ und die KoSID-Handreichung seien hilfreiche Instrumente, um sich bei der Planung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen inspirieren und anleiten zu lassen. Wichtig sei dabei die Einbindung aller relevanten Akteursgruppen, die es in regelmäßigen Sitzungen zu konsultieren und zu eigenen Beiträgen der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung anzuregen gelte. Dabei sollte strategisch auch der Blick in die nähere Zukunft gewagt werden, um Entwicklungen frühzeitig erkennen und „vor die

Lage“ kommen zu können.

Allzu oft könne die kommunale Kriminalprävention nur auf unerwünschte Entwicklungen reagieren, das Ziel aber sollte es sein, das sichere Zusammenleben in den Städten aktiv zu gestalten. Eine stärkere Ausrichtung der Kriminalprävention an Konzepten der urbanen Resilienz sei daher vielversprechend, um an der Schnittstelle zu anderen Sicherheitsbedrohungen auch einen Mehrwert für die Verbesserung der kriminalitätsbezogenen und subjektiven Sicherheit gewinnen zu können.

„Sicherheit und Sicherheitsgefühle werden durch eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Faktoren beeinflusst. Die kommunale Kriminalprävention sollte sich einem erweiterten Sicherheitsbegriff annähern, in dem Kriminalität als ein Element einer generalisierten Verunsicherung bearbeitet wird.“

3.4 Zuwanderung aus der Arabischen Republik Syrien, einem Land voller Gegensätze

Professorin Dr. Janet Kursawe, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung



Prof. Dr. Janet Kursawe (©J. Kursawe)

Frau Professorin Dr. Janet Kursawe forscht zu den Themen politischer und religiöser Extremismus sowie Bekämpfung und Vernetzung verwandschaftsbasierter krimineller Netzwerke und referierte in diesem Kontext zum Thema „Zuwanderung aus der Arabischen Republik Syrien, einem Land voller Gegensätze“ in der Plenumssitzung am 28. November 2023.

Geschichte Syriens als Wurzel aktueller Konflikte

Die Geschichte Syriens von 635 nach Chr. bis heute kann als äußerst wechselvoll bezeichnet werden und ist geprägt von Fremdherrschaft und Imperialismus sowie der schwierigen Herausbildung einer syrischen nationalen Identität. Mit der muslimischen Eroberung von Damaskus 635 nach Chr. begann die schrittweise Islamisierung und Arabisierung des Landes. Im Jahr 1260 schafften es die Mamluken, ein Kalifat in Ägypten zu errichten welches sich auch auf Syrien erstreckte. 1517 wurde Syrien Teil des osmanischen Reiches. Während dieser Epoche begann der Einfluss Frankreichs, da Frankreich insbesondere im 19. Jahrhundert die osmanische Herrschaft stützte. Die Franzosen konzentrierten sich vorrangig auf Banken, Handel, Infrastruktur und die Ausbeutung natürlicher Rohstoffe. Frankreich war daher seit dem 19. Jahrhundert wirtschaftlich eng mit dem Gebiet verflochten. Mit dem Sykes-Picot-Abkommen erfolgte 1916 die britisch-französische Interessensgebieteaufteilung und die weitere Manifestierung des französischen Einflusses. Dieser endete erst nach dem zweiten Weltkrieg mit der vollständigen Unabhängigkeit Syriens 1946.

Nach dem zweiten Weltkrieg bestimmte die 1947 gegründete Baath Partei die weitere Entwicklung Syriens. Die Baath Partei war auf gesamtarabischer Ebene

aktiv und strebte eine arabische Einheit an. In einem ersten Schritt schlossen sich Syrien und Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik zusammen, die sich jedoch 1961 bereits wieder auflöste und es begann ein Jahrzehnt der sozialistischen Orientierung.

Diese endete abrupt 1971: die Herrschaft von al-Assad, der mit 99 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt wurde, begann. Über drei Jahrzehnte und fünf Amtsperioden hinweg stand er für eine säkulare Republik. 2000 verstarb al-Assad kurz nach seiner Wiederwahl und sein zweitjüngster Sohn Baschar al-Assad folgte ihm nach einer Verfassungsänderung in das Präsidentenamt. Auch Baschar al-Assad verfolgt eine säkulare Politik und untersagt weiter die politische Einflussnahme religiöser Gruppen.



Konzepte von Ehre

Seref = Ansehen

(in Bezug auf Rang, Status, Taten)

Namus = Ehre

(besitzen alle, nicht nur Erwachsene, kann nicht aktivistisch vermehrt werden, sondern nur vermindert durch Innen-Außen-Verletzung sowie Verletzung der Regeln der Sexualität)

Saygi = Respekt, Achtung

(Familienhierarchie)

Onur = Würde

(abstrakter und individueller: innere Haltung, Respekt und Werte, zu denen eine Person sich selbst bekennt)

pierungen. Daher stand die syrische Regierung schon lange vor dem Bürgerkrieg im Konflikt mit den Sunniten, die von der Muslimbruderschaft unterstützt werden.

Der Bürgerkrieg

Der "Arabischen Frühling" im Jahre 2011 führte zu friedlichen Demonstrationen gegen die Regierung Assads. Nachdem jedoch Kinder inhaftiert und tödliche Gewalt gegen die Demonstranten angewendet wurde, weiteten sich die Proteste zu einem anhaltenden Bürgerkrieg aus. Zu Beginn des Bürgerkrieges gab es zwei Hauptprotagonisten: der Islamische Staat und Al-Assad. Erst nachdem Letzterer das Militär massiv einsetzte, konnte er 2017 große Teile Syriens zurückerobern. Der islamische Staat wurde an den östlichen Rand verdrängt und es verblieben Einflussbereiche AL-Kaida naher Gruppen rund um Aleppo, Homs und Damaskus. In diesem Krieg spielten und spielen noch immer auch Weltmächte wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland aber auch die Türkei und der Iran eine nicht zu unterschätzende Rolle da Sie die verschiedenen Bürgerkriegsparteien entweder unterstützten oder angreifen, direkt und indirekt.

Die syrische Gesellschaft

Die Mehrheit der Gesellschaft Syriens sind Araber; zur ethnischen Minderheit gehören Kurden, Armenier und Turkmenen. Wichtiger für das Verstehen der Entwicklung Syriens ist die religiöse Struktur der Bevölkerung. Waren 2010 noch rund 60 Prozent sunnitische Araber, so schrumpfte dieser Anteil bereits 2018 auf 49 Prozent, Tendenz abnehmend.

Eine besondere Rolle im Gesellschaftsmodell Syriens spielen die Familientraditionen und die damit einhergehenden kulturellen Normen und Werte. Hierbei sind die normativen Erziehungsziele:

- Respekt und Gehorsam vor Autoritäten
- Ehrenhaftigkeit (Geschlecht, Innen-Außen, Ingroup/Outgroup)
- Familienbezug und Zusammengehörigkeit
- Arabische Identität (Patriotismus und Nationalstolz)
- Religiöse Identität
- Leistungsstreben (auch Statusorientierung)

Der Fokus liegt insbesondere auf den vier Konzepten der Ehre (siehe Kasten links). Ein weiteres prägendes Element der syrischen Gesellschaft ist die Organisation der sogenannten Stämme (siehe Abbildung 3). Mehrere Stämme gruppieren sich zu einer Föderation. Ein Stamm besteht aus mehreren Clans, diese wiederum aus mehreren Häusern, die dann sich aus erweiterten Familien zusammensetzen. Einem Stamm können bis zu 100.000 Menschen angehören. Diese Größenordnung weicht stark zum Beispiel von den sogenannten „Clanstrukturen“ des Libanons ab und zeigt die Machtfülle einzelner Zusammenschlüsse.

All dies führt zu sehr komplexen Konflikten, die weder eine „einfache“ noch „schnelle“ Lösung zulassen und die in Teilen begründen, dass diese Konflikte nunmehr auch in Deutschland weitergeführt werden.

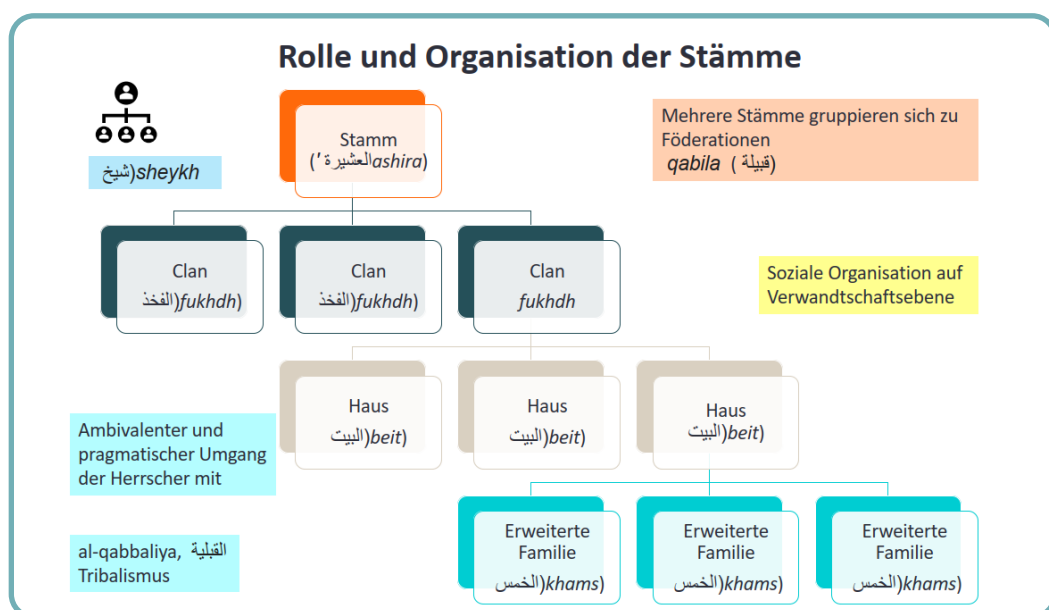


Abbildung 3: Rolle und Organisation der syrischen Stämme

**Berichte aus
den neuen
Fachgruppen**

4

3. Berichte aus den neuen Fachgruppen

3.1 Fachgruppe Senioren

Die Fachgruppe Senioren im Kriminalpräventiven Rat der Stadt Essen hat sich am 5. September 2022 unter der Leitung des Essener Stadtdirektors Peter Renzel erstmals zu ihrer konstituierenden Sitzung getroffen. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen und Behörden.

Dazu gehören im Einzelnen:

- Zwei Vertreterinnen oder Vertreter der AG Wohlfahrt
- Zwei Vertreterinnen oder Vertreter des Seniorenrates der Stadt Essen
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Polizei
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Staatsanwaltschaft
- Zwei Vertreterinnen oder Vertreter des Amtes für Soziales und Wohnen aus den Bereichen Seniorenreferat und Sozialplanung
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendamtes aus dem Bereich Allgemeiner Sozialdienst
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Geschäftsbereichsbüros 5
- Je nach Anlass weitere themenbezogene Gäste

Die Fachgruppe bearbeitet in Ihren Sitzungen aus verschiedenen Blickwinkeln insbesondere die Themen Sicherheit, Prävention und Opferschutz.

Digitale Welt

Polizei-Kachel in der App „Gut versorgt in Essen“

Bereits in 2022 angestoßen und in 2023 erfolgreich weitergeführt, wurde die Einführung einer eigenen Polizei-Kachel in der App „Gut versorgt in Essen“ (Abbildung 4) auch in der Fachgruppe Senioren vorgestellt und im Hinblick auf Ihren Nutzen und ihre Anwendbarkeit insbesondere für die ältere Bevölkerung beleuchtet. Aus der Geschäftsführung des Betreibers „Gut versorgt in...GmbH“ wurde eine Vertreterin eingeladen. Die Fachgruppe Senioren hat mit ihr über die Gestaltung der App diskutiert und mehrere Impulse und Anregungen ausgesprochen, die in die Gestaltung der App mit aufgenommen werden sollten.

Bundesweite Notruf-App Nora

In der Fachgruppe Senioren wurde angeregt, die bundesweite Notruf-App Nora verstärkt zu bewerben. Mit der App erreichen Bürgerinnen und Bürger

die Polizei, die Feuerwehr und den Rettungsdienst im Notfall schnell, einfach und überall in Deutschland. Über die App können Bürgerinnen und Bürger Notrufe absetzen, ohne sprechen zu müssen. Das ermöglicht Menschen mit eingeschränkten Sprach- und Hörfähigkeiten den direkten Kontakt zu den Leitstellen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst.

Über die Homepage des NRW-Innenministeriums wurden Vorlagen für Informationsseiten heruntergeladen und gedruckt. Diese wurden unter anderem in Sitzungen des Seniorenrates verteilt. Auf Initiative der Fachgruppe Senioren hat ein leitender Vertreter der Feuerwehr Essen an der Sitzung des Seniorenrates am 8. November 2023 teilgenommen, um die App vorzustellen und deren Vor- und Nachteile zu beleuchten.



Abbildung 4: Polizei-kachel in der App „Gut versorgt in Essen“

Zusammenarbeit mit der Polizei

Informationsschreiben zur Prävention

Ein Themenschwerpunkt der Arbeit in der Fachgruppe Senioren war die Berichterstattung durch den Vertreter der Polizei Essen, Herr Ruttkowski. Im Bereich der Kriminalprävention ist Herr Ruttkowski für

den Bereich „Sicherheit für Seniorinnen und Senioren“ zuständig. Unter anderem versorgt er die Opfer (und diejenigen, bei denen eine Straftat verhindert werden konnte), zielgerichtet mit Informationsmaterialien, die zu ihrer jeweiligen Situation passen. Zu diesem Zweck steht ihm eine größere Auswahl an verschiedenen Informationsträgern zur Verfügung. Die Informationsmaterialien sollen auf Wunsch der Fachgruppe Senioren auch in anderen Kontexten genutzt werden. In Abstimmung mit dem Amt für Soziales und Wohnen wird geprüft, ob die Unterlagen auch in den Zentren 60+ ausgelegt werden können. Gegebenenfalls könnte darüber auch die Öffentlichkeitsarbeit abgestimmt werden.

Trickbetrug im Internet

Regelmäßig wurden in der Fachgruppe Senioren die Berichte der Polizei über aktuelle Trends und Erkenntnisse bezogen auf die unterschiedlichen Methoden des Trickbetrugs thematisiert.

Eine sehr häufig vorkommende Methode bei Trickbetrug ist der „falsche Polizeibeamte“, der am Telefon unter einem Vorwand Kontakt zu seinen Opfern aufnimmt und versucht, die Herausgabe von Geld oder Wertsachen zu erwirken. Ebenfalls noch angewandt wird die Wasserwerker-Methode, bei denen sich die Betrügerinnen und Betrüger als Handwerker ausgeben, um in die Wohnung der Opfer zu gelangen. Eine weitere Methode ist das Versenden von WhatsApp-Nachrichten, bei der die Opfer unter einem Vorwand aufgefordert werden, ihre Kontodaten etc. bekannt zu machen.

Die Fachgruppe Senioren ist sich einig darin, dass der Bereich Prävention bei Betrugsversuchen stärker in die Öffentlichkeit zu tragen ist und dabei die Opferzielgruppe 50+ in den Mittelpunkt genommen werden sollte.

Gestaltung des Wohnumfeldes

In der Fachgruppe ist die Bedeutung des Wohnumfeldes für Seniorinnen und Senioren ein wichtiges Thema. Von der Polizei Essen wurde Frau Sabine Nowak in die Fachgruppe Senioren eingeladen. Einer Ihrer Arbeitsschwerpunkte ist das Thema „Sicherheit im Quartier für und aus Sicht älterer Menschen“.

Hier gilt es, neben objektiven Kriterien auch das subjektive Empfinden im Wohnumfeld mit zu bedenken, denn Sicherheit wird unterschiedlich wahrgenommen. Es gibt ein subjektives Sicherheitsempfinden (Sicherheitsgefühl, zum Beispiel Stolperfallen, Dunkelheit, Unterführungen, unwegsames Gelände).

Und es gibt auch eine objektive „Un“-Sicherheit (kriminelle Handlungen).

Um die Schnittstellen der Zusammenarbeit, insbesondere auch mit Blick auf städtische Themen zu verbessern, wurden Frau Nowak sowie alle weiteren Mitglieder der Fachgruppe Senioren zu dem Fachtag PlatzMacher60plus eingeladen werden. Der Fachtag fand auf Einladung des Facharbeitskreises Senioren am 25. Oktober 2023 im Lighthouse Essen statt.

Zentrales Thema dieses Fachtages war die Gestaltung – besonders für Seniorinnen und Senioren – attraktiver Kultur- und Freizeitaktivitäten in den Stadtbezirken. Die Gestaltung kann auch einen Beitrag dazu leisten, das subjektive Sicherheitsempfinden auf öffentlichen Plätzen zu verbessern.

Blickpunkt Eingliederungshilfe

In der Fachgruppe Senioren wurde ausführlich darüber gesprochen, dass das Thema Prävention auch bei den Menschen mit Behinderungen einen großen Stellenwert hat. Frau Nowak von der Polizei Essen berichtete hierzu, dass die Viktimisierungsrate bei Menschen mit Behinderungen wesentlich höher ist. Daher hat die Fachgruppe Senioren entschieden, dem Thema Kriminalprävention im Bereich der Eingliederungshilfe mehr Raum zu geben und es genauer zu beleuchten.

3.1 Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention

„Städtebauliche Kriminalprävention“ - nicht neu aber aktuell -

Das Gefühl von Sicherheit bestimmt die Lebensqualität von Menschen – sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum.

Daher hat sich die Wissenschaft schon sehr früh mit dem Abhängigkeitsverhältnis von Raum und (Un-)Sicherheit beschäftigt; unter anderem Ende der 1920er Jahre die Chicagoer Schule der Soziologie mit der Theorie der sozialen Desorganisation und in den 1980er Jahren Kelling/Wilson mit der Broken-Windows-Theorie (städtebaulicher Verfall als Auslöser für kriminelles Handeln).

Neben den theoretischen Ansätzen gab es mit „Defensible Space“ bereits 1972 durch Oscar Newman ein umfassendes Programm für städtebauliche Kriminalprävention. Ziel des Programmes war es, die Bewohnerschaft durch die physischen Eigenschaften eines Ortes – wie Gebäudezuschnitt und Lage – zu befähigen, Verantwortung für die Erhaltung der Sicherheit zu übernehmen. An diesem frühen Programm orientiert sich die aktuell maßgebliche Kriminalprävention durch Umweltgestaltung (CPTED) im Städtebau. Hierbei berücksichtigt CPTED nicht nur die physischen und technischen Aspekte des städtischen Raumes, sondern auch die sozialen und verhaltensbezogenen Aspekte, um Tatgelegenheiten zu reduzieren und das Unsicherheitsgefühl zu verringern.

Diesem Ansatz folgend will die Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention (FG SBK) mit innovativen Methoden und Instrumenten Analysen und Lösungen für vermehrt auffällige „Problemareale“ und/oder ortsabhängige Phänomene erarbeiten; die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl sollen dabei gleichermaßen betrachtet werden. Bestehende Netzwerke und etablierte Präventionsprogramme sind dabei zwingend einzubeziehen.

Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention - wer wir sind -

Die FG SBK liegt in der Verantwortung des Beigeordneten für Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Herrn Christian Kromberg, und wird von der Leiterin der strategischen Stabsstelle Kriminalprävention und Sicherheit, Frau Stephanie Schmuck, geleitet. Die Fachgruppe trat am 26. August 2022 erstmalig zusammen und setzt sich aus Vertreterinnen

und Vertretern verschiedener Institutionen und Behörden zusammen.

Dazu gehören im Einzelnen:

- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Büros Oberbürgermeister
- Zwei Vertreterinnen oder Vertreter des PP Essen/Mülheim
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Amtes für Straßen und Verkehr
- Zwei Vertreterinnen oder Vertreter des Amtes für Stadtplanung und Bauen
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Amtes Stadterneuerung- und Bodenmanagement
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendamtes
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Ordnungsamtes (Sicherheitskoordination)
- Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Essen Marketing Gesellschaft (EMG)
- Themenbezogene Gäste

Die FG SBK verfolgt seit Ihrer Konstituierung zwei Projekte, die jeweils den öffentlichen Raum und dessen Sicherheit betreffen.

Projekt „Insight Bergmannsfeld“ – Einblicke in subjektive Sicherheit im öffentlichen Raum -

Die Großwohnsiedlung Bergmannsfeld in Essen-Freienbruch wurde ab 1966 errichtet, umfasst 0,34 Quadratkilometer und bietet rund 5.000 Menschen in 1.710 Einheiten einen Raum zum Leben. Sie ist eine typische Vertreterin ihrer Zeit mit zahlreichen vier- bis achtgeschossigen Mehrfamilienhäusern, mehreren elfgeschossigen Punkthochhäusern, großzügigen Grünflächen, einem Quartierszentrum und einem Bürgerhaus – aber mittlerweile auch mit den typischen Problemlagen solcher Großwohnsiedlungen. Die Wohngebäude haben stark an Attraktivität verloren, die Bewohnerstruktur hat sich durch verschiedenste Faktoren verändert und die Identifikation mit der einstigen Mustersiedlung ist verloren gegangen. Das „Bergmannsfeld“ wird heute mit Begriffen wie schlechte Wohngegend, Kriminalität, saisonalen Ausschreitungen im öffentlichen Raum und damit einhergehend fehlender subjektiver Sicherheit verbunden. Hierbei spielt das abgängige Quartierszentrum am Philosophenweg als nachbarschaftlicher Treffpunkt, Hauptwegeverbindung zwischen ÖPNV-Haltestelle und den Schul- und Kitastandorten sowie als kleinem Nahversorger eine herausragende Rolle.

Die FG SBK hat daher entsprechend ihrer Handlungsziele dieses Quartierszentrum als erstes Projekt ausgewählt. Das Quartierszentrum steht im Eigentum einer Wohnungsbaugesellschaft, wird aber als öffentlicher Raum wahrgenommen und als Aufenthalts – und Transferraum genutzt. Ihm kommt eine maßgebliche Bedeutung innerhalb der Großsiedlung zu. (Un-)Sicherheiten im öffentlichen Raum können sowohl durch soziale Interaktionen als auch durch baulich-räumliche Gestaltung ausgelöst werden. Mit Hilfe des Praxistools „Insight“, entwickelt von der kriminologischen Forschungsstelle des LKA Niedersachsen, werden die sicherheitsrelevanten Aspekte für diesen Raum erfasst. Insight beleuchtet dabei nicht nur die Expertenperspektive, sondern auch die Innenperspektive der Bewohnenden. Durch niederschwellige Tools können auch die Sichtweisen von Personengruppen erfasst werden, die von klassischen Beteiligungsprozessen nicht angesprochen werden, so dass eine breite bürgerschaftliche Partizipation als wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche kommunale Kriminalprävention gegeben ist.

Die Toolbox Insight umfasst fünf Prozessschritte (siehe Abbildung 5). Alle fünf Prozessschritte konnten in den Jahren 2022 und 2023 durchgeführt und abgeschlossen werden. Dabei zeigte sich, dass insbesondere durch das niederschwellige Werkzeug „Emoji Mapping“ unterschiedlichste Gruppen angesprochen und in den Prozess integriert werden konnten. Bei dieser Methode können die Beteiligten auf einer Karte mit Hilfe von Emojis Orte markieren, die sie mögen und solche, an denen sie sich unsicher und unwohl fühlen. Weitere Ausführungen können zu den einzelnen Punkten gemacht werden, müssen jedoch nicht. In Zusammenarbeit mit der Bergmannshütte (Quartiersmanagement) wurde das Emoji-Mapping mit Teilnehmenden des „Russischen Seniorentreffs“, des „Frühstückstreffs“, des „Libanesischen

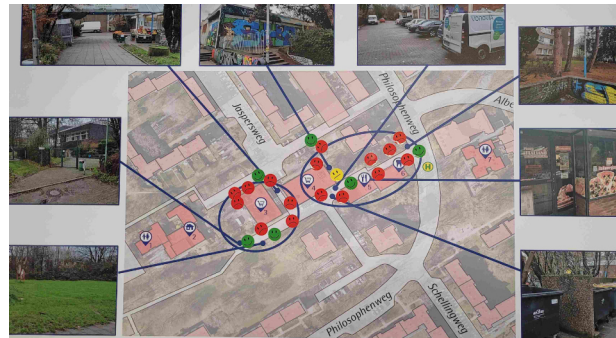


Abbildung 6: Ausschnitt aus dem Emoji-Mapping im Bergmannsfeld

Frauentreffs“ sowie der Gruppe „Junge Mütter“ durchgeführt (Abbildung 6). Kinder und Jugendliche wurden in verschiedenen Formaten des Bürgerhauses Oststadt eingebunden.

Abschließend sind alle gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse zu einem ganzheitlichen Bild der Situation vor Ort zusammen zu fassen. Dies erfolgt im Jahr 2024, ebenso wie die Erarbeitung möglicher Lösungsansätze und -strategien. Neben den bisher Beteiligten werden dann auch die Wohnungsbauunternehmen im Bergmannsfeld als wichtige Stakeholder sowie weitere Fachbereiche der Stadt Essen (zum Beispiel Grün und Gruga, GHE) eingebunden.

Projekt „Integriertes Sicherheitskonzept gegen Überfahrtaten in der Innenstadt“

Der Erkenntnis Rechnung tragend, dass seit der terroristisch motivierten Amokfahrt 2016 in Berlin Überfahrtaten nicht mehr ausschließlich terroristische Hintergründe haben, sondern zunehmend Instrumente für erweiterte Suizide und Vergeltungstaten sind und auch zukünftig sein werden, hat der Rat der Stadt Essen im November 2022 die Verwaltung beauftragt, ein dem nationalen Regelwerk entsprechendes, integriertes Sicherheitskonzept für den in-

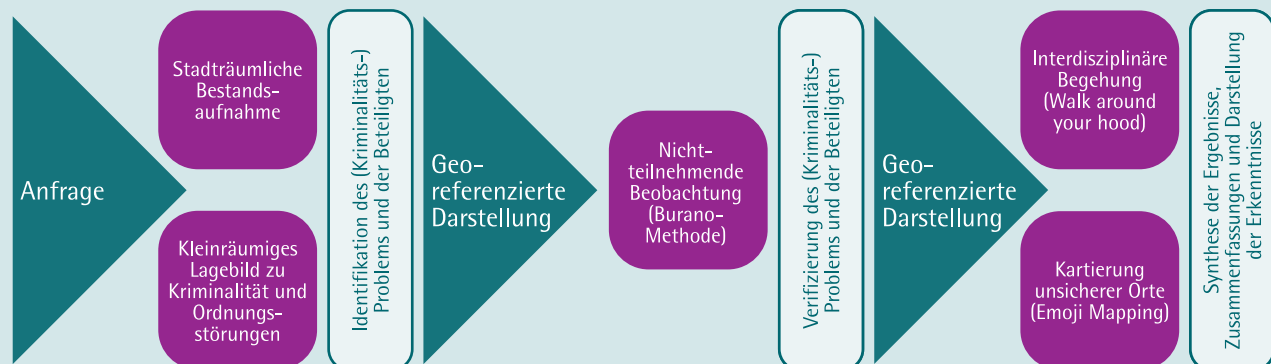


Abbildung 5: Prozessablauf Projekt INSIGHT (angelehnt an: LKA Niedersachsen / Schröder et al. 2021)



nerstädtischen öffentlichen Raum zum Schutz vor Überfahrtaten zu erstellen.

Dieses soll insbesondere

1. einen auf das Alltagsgeschehen bezogenen Grundschatz für stark frequentierte Orte sowie einen Zusatzschutz für die wesentlichen innerstädtischen Veranstaltungsflächen beinhalten,
2. die innerstädtischen Konzepte sowie die geplanten städtebaulichen Maßnahmen berücksichtigen und
3. die verschiedenen Typen von Fahrsicherheitsbarrieren beinhalten.

Hierbei sollen die zu treffenden Maßnahmen sich möglichst unauffällig bzw. bestenfalls aufwertend in das Stadtbild integrieren. Die Verbesserung der objektiven Sicherheit auf Kosten des subjektiven Sicherheitsgefühls ist größtmöglich zu vermeiden. Die Wahrung der Aufenthaltsqualität sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen sind hierbei wesentliche Kriterien. Aber auch auf die aktuelle Entwicklung der innerstädtischen Raum- und Stadtplanung ist ein besonderes Augenmerk zu richten. Durch bauliche und organisatorische Maßnahmen sollen die erheblichen Aufwendungen für die Anmietung mobiler Sperren sowie dem damit einhergehendem Personalaufwand stark reduziert werden bzw. langfristig vollständig entfallen.

Für die Bearbeitung des Themenkomplexes „Sicherheitskonzept“ wurde innerhalb der FG SBK eine Projektgruppe gebildet, die sich sowohl aus Teilen der Fachgruppe sowie Vertreterinnen oder Vertretern der Feuerwehr Essen, des Veranstaltungsmanagements der EMG sowie des Dezernates Verkehr des PP Essen/Mülheim zusammensetzt.

Das integrierte Sicherheitskonzept soll durch ein referenziertes Planungsbüro erarbeitet werden, welches im Rahmen einer Ausschreibung noch zu be-

stimmen ist. Die Ausschreibungsunterlagen wurden durch die Projektgruppe erarbeitet. Einen besonderen Schwerpunkt setzt hierbei der Gesamtschutzbereich (= Raum, der vor Überfahrtaten geschützt werden soll) sowie die einzelnen, in diesem Bereich liegenden Querschnitte, die seitens der Projektgruppe definiert und in einem Kartenwerk dargestellt wurden. Zu jedem Querschnitt wurde eine Fotodokumentation erstellt sowie eine Matrix mit den wesentlichen Anforderungen (insbesondere durch die BOS definiert) erarbeitet. Darüber hinaus wurde eine erste Risikobeurteilung unter Zuhilfenahme eines vereinfachten Beurteilungsrasters mit den Inhalten „Gelegenheit“, „Anreiz“ und „Opferzahl“ zu den Zeitpunkten „samstags“ (Grundschatz) und „Weihnachtsmarkt“ (als Zusatzschutz bei Veranstaltungen) querschnittsbezogen erstellt. Auch allgemeine Informationen mit Bezug zum Zufahrtsschutz, darunter Sperrpläne bei aktuellen Veranstaltungen, Leitungsdokumentation ALIZ, Ausnahmegenehmigungen Innenstadt und Bewohnerparken, wurden zusammengeführt.

Nach einer noch ausstehenden finalen Abstimmung des gesamten Ausschreibungstextes soll die Ausschreibung im Jahr 2024 erfolgen.

Städtebauliche Kriminalprävention – ein Arbeitsgebiet mit vielen Facetten –

Die seit 2022 angestoßenen Projekte der FG SBK verdeutlichen sehr anschaulich wie breit das Spektrum der städtebaulichen Kriminalprävention sein kann und mit welcher unterschiedlichen Methoden und Herangehensweisen den Phänomenen begegnet werden kann. Die Fachgruppe wird prioritär die beiden Projekte zum Abschluss bringen sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit ausbauen und die kooperativen Strukturen festigen. Weitere Projektideen wurden bereits an die FG SBK herangetragen.

3.3 Fachgruppe Extremismus/Radikalisierung

1) Konzeption der Fachgruppe

1a) Einführung

Radikalisierung und Extremismus stellen einen der größten Problembereiche für die Innere Sicherheit dar. Nachdem in den siebziger Jahren der Linksextremismus mit der RAF und Revolutionären Zellen zunächst im Vordergrund stand und danach aus der öffentlichen Wahrnehmung mehr oder minder verschwand, erlebte in den neunziger Jahren der Rechtsextremismus mit den Anschlägen von Mölln und Lichtenhagen eine Hochphase. Seit 2001 trat mit dem Anschlag auf das World Trade Center der Islamismus ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit – unter anderem 2016 in Essen, als ein Islamist einen Sprengstoffanschlag auf das Gebetshaus der Sikh-Gemeinde verübte. Und in den letzten Jahren drängt sich auch der Rechtsextremismus mit wiederkehrenden Terroranschlägen machtvoll ins Bewusstsein: in der Folge der lang unerkannt gebliebene Mordserie des NSU und unter dem Eindruck international aufsehenerregender Terrorakte weltweit wurden auch in Deutschland in den letzten Jahren mehrere Anschläge verübt, die sich gegen Menschen mit Migrationsgeschichte, Politikerinnen und Politiker sowie Religionsgemeinschaften richteten.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen bezeichnete Bundesinnenministerin Nancy Faeser in ihrer ersten Regierungserklärung im Bundestag den Rechtsextremismus als „die größte Bedrohung für unsere Demokratie“. Extremistische Überzeugungen haben eines gemeinsam: sie richten sich gegen die gesamte Gesellschaft, in dem sie Ungleichwertigkeit propagieren und Minderheiten oder politisch missliebige Personen angreifen. Damit richten sie sich gegen Meinungs- und Religionsfreiheit und gegen das Toleranzgebot – die Werte, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Dreh- und Angelpunkt einer demokratischen Gesellschaft ausmachen. Die Prävention von Radikalisierung und Extremismus ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ein großes Maß an interdisziplinärer Kooperation aller Teile der Gesellschaft erfordert. In Essen widmet sich die Fachgruppe Radikalisierung und Extremismus des kriminalpräventiven Rates der Aufgabe, dieses Unterfangen zu koordinieren und voranzubringen.

1b) Definition und Einordnung des Phänomenbereichs Radikalisierung und Extremismus

Für die Zusammenarbeit in einem interdisziplinär angelegten Gremium zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus scheint zunächst eine Auseinandersetzung mit dem namensgebenden Begriffspaar „Radikalisierung und Extremismus“ geboten.

Als „radikal“ wurden und werden Ideen bezeichnet, die auf eine grundlegende Veränderung der herrschenden Gesellschaftsordnung abzielen – angelegt in der Verwendung des lateinischen Substantivs „Radix“, zu Deutsch „die Wurzel“. Jeder großen gesellschaftlichen Umwälzung gingen und gehen Radikalisierungsbewegungen voraus – so galten in Deutschland auch das allgemeine Wahlrecht und die Gleichberechtigung der Geschlechter zur Zeit ihrer gesellschaftlichen Aushandlung durchaus als radikale Ideen. Radikale Ideen werden vielfach mit Gewalt assoziiert, aber es handelt sich nicht um einen notwendigen oder gar kausalen Zusammenhang: historisch gewaltfreie Figuren wie Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Nelson Mandela galten in ihrer Auseinandersetzung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung ebenfalls als radikal.

Radikalisierung und Extremismus treten sowohl im gesellschaftlichen Diskurs als auch in Phänomenologie und Praxis häufig eng verwoben auf, und Ideen, die als radikal zu bezeichnen sind, gehen vielfach extremistischen Einstellungen und Handlungen voran. Und auch im Phänomenbereich des Extremismus haben wir es zumeist mit dem Ansinnen auf eine grundlegende Gesellschaftsveränderung zu tun. Entscheidend für die Differenzierung ist, dass extremistische Ideen der in Deutschland herrschenden freiheitlich-demokratisch angelegten Gesellschaftsordnung und ihrem Wertekanon grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Extremismus ist somit letztlich gegen die unveränderlichen Grundrechte unserer Gesellschaft, wie die grundgesetzlich verankerten Menschenrechte, die freie Meinungsäußerung, das demokratische Mehrparteiensystem und das Toleranzgebot gerichtet.

1c) Zielbestimmung

Für die Arbeit der Fachgruppe sind zwei Thesen handlungsleitend:

- Für eine erfolgreiche Prävention von Radikalisierung und Extremismus muss bereits bei der grundständigen Demokratieförderung angesetzt werden und
- für ein effizientes Präventionsnetz vor Ort ist die Beteiligung einer großen Zahl von gesellschaftlichen Akteuren aus Sicherheitsbehörden, Verwaltung und Gesellschaft notwendig.

Aus diesen Grundannahmen und dem skizzierten Problemaufriss ergeben sich folgende Zielbestimmungen für die Arbeit der Fachgruppe:

Zielbereich 1: Demokratieförderung – Förderung von gesellschaftlichem Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung

- Unterstützung demokratischer Kräfte und Wirken gegen undemokratische Entwicklungen, insb. im Bereich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte
- Förderung des Austausches von Religionsgemeinschaften, die sich für Demokratie einsetzen

Zielbereich 2: Stärkung der Prävention – Unterstützung und Optimierung der lokalen Präventionslandschaft

- Aufbau eines dichten präventiven Netzes, um Radikalisierung und der Hinwendung zu extremistischem Gedankengut umfassend vorzubeugen

Zielbereich 3: Projektarbeit – Gezielte präventive Arbeit gegen alle Formen von Radikalisierung und Extremismus vor Ort

Zielbereich 4: Austausch und Transfer – Förderung von interdisziplinärem Austausch und Wissenstransfer zwischen Behörden, Praxis und Wissenschaft

2) Struktur und Zusammensetzung

Die Leitung der Fachgruppe liegt bei der Polizei Essen. Um die skizzierten Ziele im Bereich der Kooperation und Vernetzung zu erreichen, waren an der Fachgruppe zunächst die Vertreter lokaler Behörden, Ämter und Organisationen zu beteiligen, zu deren Aufgabenbereichen die eigene konzeptionelle Arbeit im Bereich der Radikalisierungsprävention zählt. Um die Arbeit der Fachgruppe darüber hinaus auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens aufzubauen und sie fest in der Zivilgesellschaft vor Ort zu verankern, wurden außerdem Akteure einbezogen, die für die Förderung von Vielfalt und Demokratie stehen, insbesondere zivilgesellschaftlich engagierte Gruppen sowie Vertretungen von Bevölkerungsgruppen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sein können.

2a) Gründungsphase der Fachgruppe

Die Fachgruppe hat ihre Arbeit im September 2022 aufgenommen. Das erste Jahr war geprägt durch intensive Netzwerkarbeit, die Abstimmung von Zielen und Zuständigkeitsbereichen der Fachgruppe und durch Fragen der Umsetzungsmöglichkeiten von Formen der Zusammenarbeit. Daneben war die Fachgruppe befasst mit dem ersten Praxisprojekt „HasiFa - Handlungssicherheit für Fachkräfte“ (siehe unten).

Kooperation, Netzwerkarbeit und interdisziplinärer Austausch

Für die Arbeit der Fachgruppe spielen die Netzwerkarbeit, der interdisziplinäre Austausch und Möglichkeiten der Zusammenarbeit eine große Rolle. Das persönliche Kennenlernen der Partner und die niedrigschwelligen Möglichkeiten der Abstimmung und Rückkopplung sowie der wechselseitige Informationsaustausch über aktuelle Erkenntnisse und Strömungen, denen mit Präventionsarbeit begegnet werden kann, werden von den Mitgliedern sehr geschätzt.

Gleichwohl hat die Zusammenarbeit Grenzen: im Kreis der vertretenen Akteurinnen und Akteure, die mit sehr unterschiedlichen Grundsatzaufträgen und Verschwiegenheitsverpflichtungen ausgestattet

sind, sind Austausch und Zusammenarbeit in Bezug auf konkrete Gruppen oder Organisationen nicht immer möglich. In der Fachgruppe besteht Konsens, dass die impliziten Grenzen und Verschwiegenheitsverpflichtungen aller Beteiligten respektiert werden müssen.

Die Abstimmung strategischer Kooperationen im Bereich der Präventionspraxis ist derzeit im Aufbau. Hier sind folgende Themenbereiche in der Diskussion:

- Die Abstimmung der Präventionsangebote der teilnehmenden Organisationen, um lokale Bedarfe möglichst effizient decken zu können
- Die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zur Bearbeitung konkreter Anfragen von Schulen, die sich mit radikalen oder extremistischen Vorfällen konfrontiert sehen

2b) Projekt HasiFa – Handlungssicherheit für Fachkräfte

Problemaufriss

In der Bestandsaufnahme konnte festgestellt werden, dass die Radikalisierungsprävention in Essen über eine große Zahl von lokalen, regionalen und überregionalen Akteuren organisiert ist. Für Fachkräfte aus den Bereichen Schule und Jugend ist das Angebot vielfach unübersichtlich, und insbesondere das Unterstützungs- und Angebotsspektrum von regionalen und überregionalen Trägern ist kaum be-

kannt. Daher bestehen bei vielen Lehrkräften, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Fachkräften große Unsicherheiten in Bezug auf Warnzeichen, Ansprechpersonen, Zuständigkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten im Bedarfsfall.

Das Projekt richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im Bereich Schule und Jugend sowie in Vereinen. Für diese Zielgruppe wird zum einen eine Handreichung erstellt, die die lokal verfügbaren Möglichkeiten der Unterstützung und Hilfe im Bereich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung und Extremismus bündelt und übersichtlich darstellt. Zum anderen wurde gemeinsam mit dem Essener Sportbund eine Informations- und Fortbildungsveranstaltung für Essener Sportvereine durchgeführt, die Aktive und Übungsleitende in Vereinen in ihrer Einordnungs- und Handlungskompetenz stärkt.

Fazit

Die Fachgruppe hat ihre Gründungsphase abgeschlossen und ist in einen regulären Verlauf eingetreten, der von den Mitgliedern durchweg positiv eingeschätzt wird. Insbesondere die informellen Austausch- und Informationsmöglichkeiten werden hier in den Vordergrund gestellt. Für die zukünftige Arbeit und Weiterentwicklung sind bereits mehrere kooperative Ansätze für die Präventionspraxis in der Diskussion.

3.4 Fachgruppe Jugend

Im Oktober 2022 hat sich unter Mitwirkung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, Schulaufsicht und städtischen Fachbereichen (Jugendamt, Fachbereich Schule, Ordnungsamt) die Fachgruppe Jugend gebildet. Sie wird durch den Geschäftsbereichsvorstand Jugend, Bildung und Kultur, Herrn Muchtar Al Ghusain, geleitet.

Bereits bei der Konstituierung wurden die Themen „Jugendkriminalität im schulischen Kontext“ sowie „Kriminalpräventive Netzwerke“ als Schwerpunkte der weiteren Arbeit der Fachgruppe erkannt. Darüber hinaus sind auch die durch Jugendliche verursachten Krawalle in den Silvesternächten sowie Schwierigkeiten im Umgang mit Jugendlichen, die durch Jugendämter anderer Kommunen betreut werden, thematisiert worden. Insgesamt hat die Fachgruppe in den Jahren 2022 und 2023 viermal getagt.

Jugendkriminalität im schulischen Kontext

Schulen müssen sich heute einer Vielfalt von Herausforderungen stellen. Gewalt und Vandalismus sind inzwischen vielerorts schulischer Alltag, unter dem das Sicherheitsgefühl sowohl von Schülerinnen und Schülern wie von Lehrkräften leidet. Themen der Gewaltprävention in unterschiedlicher Ausprägung gewinnen auch im schulischen Kontext stark an Bedeutung. Dabei zeichnet sich ab, dass eine wirksame Reduktion von Gewalt nur dann gelingen kann, wenn ein Gesamtpaket von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen zum Einsatz kommt, das sowohl präventive Maßnahmen als auch bauliche und technische Maßnahmen berücksichtigt und mit Ord-

nungsmaßnahmen sowie Repression seitens der Ordnungsbehörden verzahnt ist.

In der Fachgruppe Jugend sind alle entsprechenden Akteurinnen und Akteure vereint. Fragen des gemeinsamen Vorgehens konnten hier zunächst ausgetauscht werden und haben schließlich zu unterschiedlichen Handlungsansätzen geführt.

So soll im Vorgriff auf die künftige bauliche Neugestaltung der Gesamtschule Bockmühle in Altendorf auch die inhaltliche Weiterentwicklung der Schule zu einem Bildungscampus verknüpft werden. Damit wird darauf abgezielt, die Schule und außerschulische Bildungseinrichtungen besser zu vernetzen und durch verstärkte Kooperationen Kindern und Jugendlichen bessere Bildungsbedingungen und vielfältige Bildungsmöglichkeiten zu bieten.

Die Stadt Essen fördert gemeinsam mit dem Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der RAG-Stiftung diese Weiterentwicklung und beabsichtigt dabei, tragfähige Strukturen zu schaffen, die sich anschließend auf andere Schulen in ähnlicher Lage übertragen lassen. In diesem Zuge wird das Vorhaben durch die Universität Duisburg-Essen wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Bestandteile des Projektes sind eine Unterrichts- und Schulentwicklung, mobile Jugendarbeit im Sozialraum rund um die Schule und die Einrichtung eines Campusmanagements.

Um Schulen zu einem sicheren Ort des Lernens und Lebens zu machen, setzen die Essener Schulen bereits vielfältige Maßnahmen um. Diese umfassen

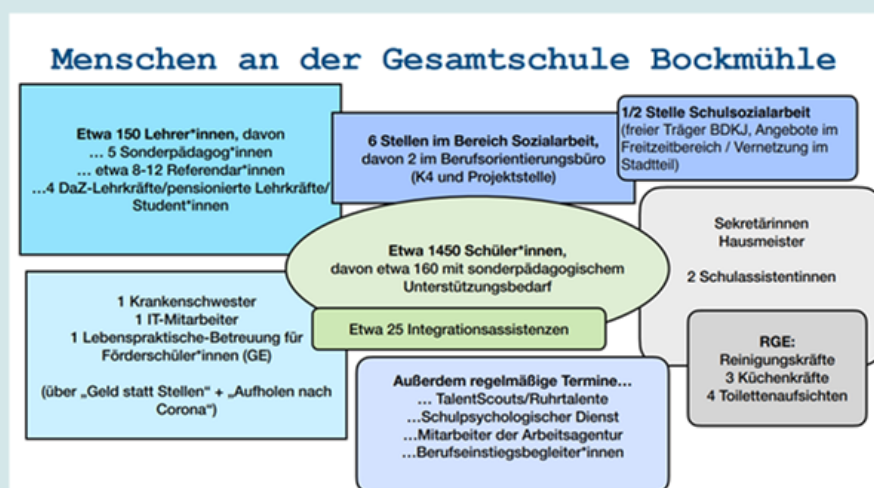


Abbildung 7: Menschen an der Gesamtschule Bockmühle; Übersicht zu den unterschiedlichen Gruppierungen, die an der Schule tätig sind

präventive Maßnahmen durch die Klassenlehrkräfte, die Unterstützung durch Schulsozialarbeitende sowie die Umsetzung von Präventionsprogrammen im Rahmen von Arbeitsgruppen oder Projekttagen. Zudem setzen Schulen pädagogische Maßnahmen und Ordnungsmaßnahmen nach dem Schulgesetz ein. Des Weiteren besteht in Essen die Kooperation zwischen den weiterführenden Schulen und dem Kriminalkommissariat Prävention/Opferschutz der Polizei Essen/Mülheim. Der interdisziplinäre Austausch in der Fachgruppe Jugend bietet dabei zusätzliche Austausch- und Informationsmöglichkeiten. Dies führte letztlich dazu, die bereits vorhandenen präventiven Maßnahmen mit neuen Handlungsansätzen und möglichen baulichen und technischen Maßnahmen in einem Gesamtkonzept „Schule als sicherer Ort“ zusammenzufassen. Die Erarbeitung eines entsprechenden Umsetzungskonzeptes sowie die weitere Ausgestaltung des Themas soll im Rahmen der Fachgruppe Jugend stattfinden.

Kriminalpräventive Netzwerke

Die heutige Gesellschaft ist einem ständigen, teils rapiden Wandel unterworfen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und auch Identitätsgrenzen müssen neu gedacht werden. In dieser Gemengelage spielen das subjektive Sicherheitsgefühl, aber auch Straftaten in den unterschiedlichen Stadtbezirken eine nicht unerhebliche Rolle. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und das soziale Zusammenleben zu fördern, werden die bestehenden präventiven Netzwerke fortgeführt, um weitere Initiativen ergänzt und ausgebaut.

Neben der Koordination und Zusammenarbeit von Trägern, Verwaltung und Ordnungsbehörden sowie im Rahmen von operativen Runden unter anderem zur Stärkung der Nachbarschaft und im Austausch mit den Quartiershausmeisterinnen und -hausmeistern wird ein besonderes Augenmerk auf die beteiligten Stadtteile gelegt. Das Hauptaugenmerk liegt dabei in der Vorbeugung von Straftaten, also der Prävention. Hierzu finden regelmäßige Netzwerksitzungen statt, wird die aufsuchende Arbeit an Treffpunkten oder Kriminalitätsschwerpunkten koordiniert (Straßensozialarbeit) und Präventions-, Sport und Kontaktangeboten geplant und durchgeführt.

Die dezentrale Arbeit der kriminalpräventiven Netzwerke wird durch die Aktivierung des Kriminalpräventiven Rates und die vertiefte Weiterarbeit in den zugehörigen Arbeitsgruppen sinnvoll ergänzt. Hier bietet sich die Möglichkeit, dezentrale Themen zu bündeln und gesamtstädtische Strategien zu erar-

beiten. Die Erkenntnisse aus den Netzwerken werden in der Fachgruppe Jugend systematisch genutzt und als ständiger Tagesordnungspunkt behandelt.

Verortung Kriminalpräventive Maßnahmen, Quartiershausmeister*innen sowie Quartierskümmerer



Kartengrundlage: Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster.

Legende:

- Kriminalpräventive Maßnahmen
- Quartiershausmeisterinnen und Quartiershausmeister
- Quartierskümmerer

Von den kriminalpräventiven Maßnahmen als Netzwerkstrukturen in den Quartieren sind sowohl die Quartiershausmeisterinnen und -hausmeister, als auch das Quartiersmanagement zu unterscheiden. Alle drei Strukturen wirken jedoch gemeinsam auf das Ziel ein, den Zusammenhalt in den Stadtteilen zu stärken und damit das Sicherheitsgefühl zu steigern und kriminellen Aktivitäten vorzubeugen.

Während die Mitarbeitenden und Kooperationspartnerinnen und -partner der Kriminalpräventiven Netzwerke verstärkt auf die Prävention von Straftaten und abweichendes Verhalten schauen, sind die Quartiershausmeisterinnen und -hausmeister in ihren Stadtteilen im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung auf den Straßen unterwegs. Ihre tägliche Präsenz stellt alltagsnah und niederschwellig Bürgernähe her, sodass die Mitarbeitenden schnell zu bekannten Gesichtern im Quartier werden konnten. Besonders die Themen illegaler Müllablagerungen entwickeln sich zu einem Dauerthema an identifizierten Plätzen. Weit über das Thema Sauberkeit und Ordnung hinaus sind die Quartiershausmeisterinnen

und -hausmeister jedoch ein sehr gutes Bindeglied zur Kommunikation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen. Die Mitarbeitenden werden mit zahlreichen Informationen ausgestattet, die im Gemeinwesen wichtig sind und geben diese im direkten Gespräch weiter. Sie werden, nicht zuletzt aufgrund ihrer Arbeitskleidung, erkannt und von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv angesprochen. Dieser niederschwellige Zugang zu Informationen wird sehr geschätzt und rege genutzt.

Das Essener Modell Quartiersmanagement schließlich verfolgt nicht in erster Linie kriminalpräventive Strategien, wirkt jedoch mit dem Ansatz, benachteiligte Stadtteile ganzheitlich zu fördern, auch stabilisierend ein. Entsprechende integrierte Handlungskonzepte werden in Essen bereits seit 1993 praktiziert. Inzwischen konnte das Modell auf neun Stadtteile ausgeweitet werden. Im Schwerpunkt geht es bei der Arbeit des Quartiersmanagements um Stadtteilmoderation, die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren vor Ort, die Selbstaktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner und mit der Leitung und dem Betrieb von Stadtteilbüros um die Schaffung eines Anlaufpunktes vor Ort, an dem Austausch, Kommunikation und Information geschehen kann. Darüber hinaus werden integrierte Handlungskonzepte mithilfe des Quartiersmanagements umgesetzt.

Ausblick

5

5. Ausblick 2024/2025



Neustrukturierung von Fachgruppen

Fachgruppe Senioren

Es hat sich herausgestellt, dass die Erarbeitung von Präventionsthemen und deren operative Umsetzung weniger in der Fachgruppe erfolgt, sondern sich überwiegend in den Regelstrukturen abbildet. Alle Teilnehmer der Fachgruppe Senioren betonen, dass es in Essen bereits in vielen Bereichen gut verzahnte Netzwerke gibt, die sich auch mit den Themen Sicherheit, Prävention und Opferschutz im Bereich der Senioren und der Eingliederungshilfe befassen. Daher wird zukünftig regelmäßig direkt aus den Regelstrukturen in die Lenkungsgruppe berichtet.

Fachgruppe Jugend

Zukünftig wird die Fachgruppe ihre regelmäßigen Treffen verstärkt zur Vernetzung der kriminalpräventiven Maßnahmen in den verschiedenen Stadtteilen nutzen. Diese Treffen werden durch das Jugendamt koordiniert und dienen dazu, die Fachgruppe als zentrale Arbeitsgruppe zu etablieren, anstatt neue Strukturen zu schaffen. Auf diese Weise kann die bestehende Expertise gebündelt und die Effizienz der Präventionsarbeit weiter gesteigert werden.

Projekte und Veranstaltungen



- »»» Ausrichtung der Tagung Digitalisierung in der Prostitution in Zusammenarbeit mit DEFUS (September 2024)
- »»» Durchführung von zwei Workshops im Rahmen des Projekts „Insight Bergmannsfeld“ (Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention, Juli und Oktober 2024)
- »»» Entwicklung des Konzepts „Schule als sicherer Ort“ (Fachgruppe Jugend)
- »»» Entwicklung einer Präventionsdatenbank für kriminalpräventive Maßnahmen



Öffentlichkeitsarbeit

Zukünftig wird der Kriminalpräventive Rat Essen mit einer eigenen Homepage vertreten sein, um seine Arbeit transparenter und zugänglicher zu machen. Zusätzlich wird verstärkt auf die Nutzung sozialer Medien gesetzt, um Veranstaltungen zu bewerben, Projektergebnisse zu verbreiten und die Arbeit des KPR in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Kriminalpräventiver Rat Essen



kriminalpraeeventiverrat@essen.de